

EU-AGRARPOLITIK

Bauernkrieg weltweit



Nichts bleibt wie es war. Europas Bauern sind vom Aussterben bedroht.

(Foto: version)

Auf dem globalisierten Agrarmarkt tobt der Konkurrenzkampf. Zwischen den USA und der EU - zwischen den reichen Industrienationen und den armen Entwicklungsländern. Die jüngste EU-Reform geht auch auf Kosten der Armen im Süden.

Europas VerbraucherInnen können aufatmen. Künftig kann ihnen keinerlei Nahrung untergejubelt werden, die mit genetisch veränderten Organismen in Berührung kam. Wo Gentechfood drin ist, muss dies auch unmissverständlich auf der Verpackung vermerkt sein - selbst dann, wenn die genetisch veränderten Organismen (GMO) im Endprodukt nicht mehr nachweisbar sind. Vergangenen Mittwoch gab das Europaparlament grünes Licht für eine neue Kennzeichnungs-Verordnung.

Dasselbe Recht auf freie Wahl im Supermarkt sollte den US-amerikanischen BürgerInnen im "land of the free" nicht vorenthalten werden, meinen die europäischen Grünen, die sich tags zuvor "aus solidarischen Gründen" in einem offenen Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wandten. "Give your people a choice, Mr. Bush: label GM food", so die Empfehlung an den Präsidenten.

Lobbying-Methoden, wie sie George Bush an den Tag legt, seien in der Europäischen Union tabu, betonen die Grünen-Europaparlamentarier. Besonders im Straßburger Plenum wird kaum eine Gelegenheit ausgelassen, um das Bild einer umweltbewussteren, verbraucherfreundlicheren EU gegenüber den Biotechnologie-Freaks aus den USA zu zeichnen. Dabei wird gerne unterschlagen, dass auch die EU in den letzten Jahren Forschungsgelder in Millionenhöhe in Biotechnologie gesteckt hat.

So vermieden es die Grünen vorsorglich, in ihrem Communiqué einen "Neben"-Aspekt an die große Glocke

zu hängen. Die neue Kennzeichnungs-Verordnung ist ein Schritt auf dem Weg zur Abschaffung einer Maßnahme, mit der die EU bislang bei gentech-kritischen KonsumentInnen Punkte gesammelt hat: das Importverbot von Agrarprodukten, die GMO enthalten. Seit 1998 besteht dieses Moratorium, das seitdem auf heftige Kritik der USA und der Welthandelsgesellschaft (WTO) stößt. US-amerikanische Getreidebauern beklagen, dass ihnen jährlich Exporte in Höhe von 300 Millionen US-Dollar durch die Lappen gehen. "Im Namen eines Kontinents, der vom Hunger bedroht ist", appellierte zudem George Bush vor zwei Wochen an die EU, ihre Opposition gegenüber Biotechnologie aufzugeben. "Wegen künstlicher Barrieren wollen viele afrikanische Länder nicht in Biotechnologie investieren", so Bush, "sie haben Angst, dass ihre Produkte von wichtigen europäischen Märkten ausgeschlossen sind."

Wer nicht mitmacht, fliegt raus

Sich ausgerechnet von den USA eine Lektion in Sachen Entwicklungshilfe erteilen zu lassen, habe man nun wirklich nicht nötig, so die pikiertere Reaktion einiger EU-Vertreter: Gentech sei kein Wundermittel gegen den Hunger in der Welt. Außerdem würden die 15 EU-Staaten sieben Mal so viel für Entwicklungshilfe ausgeben als die USA. "Fakt ist, dass wir in Europa beschlossen haben, manche Dinge anders zu handeln als die USA", sagte ein Sprecher der EU-Kommission, Reijo Kemppinen, "was die GMO betrifft, glauben wir einfach,

dass es besser ist, auf Sicherheit zu setzen als hinterher etwas zu bereuen."

Indessen geht der Handelskrieg zwischen der EU und den USA auf anderer Ebene weiter. Ursprünglich wollte Ägypten zusammen mit Kanada, Argentinien und den USA die EU vor der WTO verklagen und so erreichen, dass die EU den Importverbot gegenüber GMO-Produkten aufheben muss. Als Ägypten ankündigte sich aus der Allianz auszuklinken, kam die Quittung aus Washington. Man werde die geplanten Gespräche über ein Freihandelsabkommen mit Ägypten vorerst auf Eis legen. "Wenn man ein Freihandelsabkommen mit jemandem abschließen will, ist es wichtig, dass sich die Leute, mit denen man spricht, an ihr Wort halten", so ein US-Sprecher. Der Druck auf die EU wächst - nicht nur wegen des GMO-Moratoriums. Bis zur nächsten Welthandelsrunde im September in Mexiko muss die EU so manche Hausaufgabe machen. Auch die jährlich rund 100 Millionen Euro Subventionen im Agrarbereich verstoßen gegen die von der WTO vorgegebenen Regeln der freien Marktwirtschaft. Monatelang rangen die EU-Agrarminister um einen Kompromiss in Sachen Gemeinsamer Agrarpolitik. Ende Juni schließlich präsentierten sie eine Reform ganz à la EU. Zwar sollen Subventionen künftig tatsächlich von der Produktion abgekoppelt werden. Damit "der Ausbruch aus dem alten Agrarsystem" (Renate Künast, Landwirtschaftsministerin in Deutschland) die hiesige Bauernwelt nicht allzu sehr erschüttere, sollen die Neuerungen stufenweise umgesetzt werden. Zu-

dem ist der Plan gespickt von Ausnahmeregelungen. So soll die Produktion von Getreide und Fleisch auch weiter subventioniert werden.

EU-Dumping auf Kosten des Südens

Andere sprechen deshalb statt der viel zitierten Agrarwende von der Fortsetzung europäischer Dumping-Politik. "Diese Reform ist ein Desaster für die Armen in der Welt", so Phil Bloomer von Oxfam in London, "die hiesigen Bauern werden weiterhin mehr produzieren als wir brauchen und diesen Überfluss zu Dumping-Preisen in Drittweltländer exportieren." Bloomer gibt ein Beispiel: Der europäische Konzern Arla Foods, der jeden Morgen einer halben Million Briten die Milch zum Tee liefert, exportiert jährlich Milchprodukte im Wert von 43 Millionen Pfund in die Dominikanische Republik. Arla kassiert Exportsubventionen in Höhe von 11 Millionen Pfund von der EU, die Produkte sind deshalb 25 Prozent billiger als die lokale Milch. Rund 10.000 Bauern in der Dominikanischen Republik hätten deshalb ihren Job in den vergangenen 20 Jahren verloren, beklagt Oxfam.

Würde Arla den Export stoppen, könnte natürlich zahlreiche britische Bauern dasselbe Schicksal ereilen. Das wiederum beklagen die hiesigen Bauernverbände. "Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Agrarwirtschaft ist in Gefahr", so etwa Peter Gaemelke, Präsident des europäischen Dachverbandes der Bauernverbände, COPA. Die Reform werde "Unsicherheiten und Verzerrun-

gen im Wettbewerb zwischen den Bauern" schaffen. Mit einer solchen Politik sind Europas Bauern zunehmend vom Aussterben bedroht, so auch der Tenor anderer großer Verbände.

Wen gilt es zu schützen? Europäische Landwirte oder die Kollegen aus dem Süden? Eine Frage, die auch in der EU-kritischen oder Antiglobalisierungsbewegung nicht eindeutig beantwortet ist. Längst marschieren inzwischen auf so manchem EU-Gegengipfel VertreterInnen der traditionellen Bauernverbände zusammen mit AktivistInnen aus kritischeren Agrarverbänden und Drittwelt-Soligruppen nebeneinander. Einig sind sie sich lediglich in ihrem deutlichen Nein zur aktuellen EU-Agrarpolitik, ihre Forderungen widersprechen sich zuweilen diametral.

"Kleinbauern machen immerhin über 70 Prozent der absolut Armen und Hungernen aus. Das Agrar-Dumping der EU zerstört nachhaltig die selbstständige Nahrungsmittelversorgung ganzer Volkswirtschaften und trifft die Ärmsten der Armen am heftigsten", so die diffuse Analyse des "Agrarnetz" von Attac Deutschland, das "mehr Kohärenz zwischen WTO-Agrarverhandlungen und Agrarwende" fordert. Die EU betreibe ein Doppelspiel, einerseits setze die Agrarwende auf das Modell einer umweltbewussteren und regional angepassten ländlichen Entwicklung, andererseits fördere die EU-Handelspolitik weiterhin den "aggressiven Export auf den Weltmarkt und höchst umwelt- und sozialschädliche Produktionsweisen".

Doch auch Anti-Globos sprechen sich zuweilen für den Erhalt des europäischen Protektionismus aus. Die Confédération paysanne etwa spricht sich vehement gegen die Abkoppelung der Subventionen aus. Ihr prominentestes Mitglied ist zugleich eine Ikone der französischen Antiglobalisierungsbewegung: José Bové sitzt derzeit im Gefängnis, weil er Gemais- und -reisfelder in Montpellier angezündet hat. Die EU-Reform habe zum Ziel, so die Confédération, "dass der Markt die Dinge alleine regelt", der Preis für Agrarprodukte würde sich unweigerlich auf dem niedrigsten Weltmarktniveau einpendeln. Und das würden viele französische Bauern nicht mehr überleben.

Auch hier könnten Europas KonsumentInnen aktiv eingreifen: Immerhin haben sie die freie Wahl zwischen den heimischen, regionalen Produkten und der importierten Ware. "Frei sein heißt, die Wahl haben", so die Grünen in ihrem Schreiben an George Bush. Und nur informierte Menschen könnten die richtige Wahl treffen. Der Widerspruch, mit dem auch gut informierte Konsumentenkreise zu kämpfen haben, ist damit jedoch nicht aufgehoben.

Daniële Weber